



Europas Platz an Afrikas Sonne

Christoph Marischka/Jürgen Wagner

1. Vom Hinterbänkler zum Objekt der Begierde

Überall ist derzeit zu vernehmen, Afrika dürfe nicht länger am Ende der außenpolitischen To-Do-Liste stehen. So betonte beispielsweise Bundespräsident Horst Köhler im Januar 2005, Europa habe eine »besondere Verpflichtung« gegenüber dem Kontinent.¹

Auffällig ist, dass diesem Anspruch primär über ein verstärktes militärisches Engagement nachgekommen werden soll, was über mehrere Argumentationslinien begründet wird. Zunächst einmal spielten Rohstoffe für europäische Begehrlichkeiten in Afrika schon immer eine wichtige Rolle. Aufgrund vor allem knapper werdender Ölvorkommen nimmt dieser Aspekt an Bedeutung zu, wie der Staatssekretär im Verteidigungsministerium der großen Koalition, Friedbert Pflüger, unmissverständlich betont: »Weil Europa nach OECD-Angaben zunehmend Energie aus anderen Regionen importieren muss, muss dem afrikanischen Ölreichtum als Potenzial zur Diversifizierung der Bezugsquellen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.«² Zudem hängt die Militarisierung der EU-Afrikapolitik ganz profan mit Konzerninteressen zusammen: »Finnland gehört zu den politisch treibenden Kräften, wenn es um Europas Handlungsoptionen in Afrika geht. Finnland

bezieht aus dem Kongo Tantal – der Weltmarktführer Nokia braucht es für seine Handys.«³ Zudem eröffnet ein verstärktes militärisches Engagement in afrikanischen Konflikten die Möglichkeit, den Druck zu neoliberalen Umstrukturierungen der Zielländer zu verstärken.

Diese handfesten Interessen werden naturgemäß eher verschämt und als Nebeneffekt moralisch-sicherheitspolitischer Erwägungen ins Feld geführt. Meist wird deshalb gebetsmühlenartig wiederholt, dass ohne die militärische Stabilisierung afrikanischer Staaten deren wirtschaftliche Entwicklung aussichtslos sei. Darüber hinaus sei dieses Engagement auch zur aktiven Terrorbekämpfung erforderlich. So betont Staatssekretär Pflüger, dass »man sich ein Desinteresse an Afrika nicht mehr leisten kann. [...] Politische Instabilität, Armut und Ordnungslosigkeit in Afrika stellen eine sicherheitspolitische Gefahr für Europa dar.«⁴

Afrika wird also derzeit als künftiges Haupteinsatzgebiet der neu geschaffenen EU-Kampftruppen (Battlegroups) betrachtet, wie ein Hintergrundpapier der federfüh-

renden Länder (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) hinsichtlich ihres Einsatzspektrums angibt: Sie seien »bestimmt für, aber nicht begrenzt auf den Gebrauch für zusammenbrechende oder zusammengebrochene Staaten (von denen sich die meisten in Afrika befinden).«⁵

2. Afrikanische Hilfstruppen für europäische Interessenspolitik

Die gesamte EU-Strategie ist derzeit auf die militärische Stabilisierung afrikanischer Staaten ausgelegt. Als Teil dieser Entwicklung treibt die EU den Aufbau von Truppen voran, die zwar formal der AU (Afrikanischen Union, gegr. 1993) unterstehen und sich aus Soldaten der Armeen afrikanischer Staaten zusammensetzen, logistisch und finanziell aber von der EU abhängig sind. So wurde 2004 eine African Peace Facility (APF) mit 250 Mio. Euro aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) eingerichtet. Die Gelder aus dem ursprünglich für zivile Zwecke bestimmten Topf der EU zur Unterstützung der AKP-Staaten⁶ werden der AU aber nicht pauschal zur freien Verfügung gestellt. Wenn die AU eine militärische »Friedensmission« durchführen will, muss sie eine Anfrage an die Europäische Kommission richten, die einen Finanzierungsplan erstellt, dem vom Rat der Außenminister und dem EEF-Komitee zugestimmt werden muss.⁷ Die logistische Umsetzung wird dann oft im Rahmen kleinerer EU-Missionen ermöglicht (zum Beispiel AMIS im Sudan).

Offiziell erfolgt diese Aufrüstung Afrikas als Entwicklungshilfe nach dem Ownership-Prinzip, das heißt, der AU sollen eigene Mittel für die Krisenbewältigung an die Hand gegeben werden, damit sie Verantwortung übernehmen kann. Konkret behält die EU aber die Kontrolle und kann bei Einsätzen, bei denen größere Verluste zu erwarten sind oder sich der wirtschaftliche Nutzen in Grenzen hält, afrikanische Soldaten vorausschicken. Trotz dieser afrikanischen Hilfstruppen behält sich die EU aber auch vor, ggf. selbst militärisch einzugreifen, falls die Durchsetzung eigener Interessen dies erfordern sollte: »Ungeachtet dieser verbesserten Fähigkeiten werden die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten weiterhin – einzelfallbezogen – in Erwägung ziehen, ihre eigenen operativen Mittel zur Konfliktvermeidung und Krisenbewältigung in Afrika [...] einzusetzen, wie dies bei der Artemis-Operation in der Provinz Ituri der Demokratischen Republik Congo (DRC) bereits erfolgreich vorgeführt wurde.«⁸

Tatsächlich geht es der europäischen Afrikapolitik nicht um Entwicklung und Armutsbekämpfung, wie im Folgenden anhand der EU-Afrikastrategie gezeigt werden soll, sondern um die Durchsetzung ökonomi-

scher und sicherheitspolitischer Interessen. Um dies zu veranschaulichen, werden anschließend mit der DRC und dem Sudan zwei Fälle analysiert, in denen die EU inzwischen militärisch massiv involviert ist und die beide derzeit als prototypisch für künftige EU-Einsätze in Afrika gelten.

3. Neoliberalismus = Entwicklung = Frieden? Der Zirkelschluss der EU-Afrikastrategie

Im Oktober 2005 legte die Europäische Kommission eine Afrikastrategie vor, die den Anspruch erhebt – und nach allgemeiner Lesart auch einlöst –, »einen kohärenten gemeinsamen Rahmen für Aktionen zur Unterstützung Afrikas bei der Verwirklichung der UN-Millenniumsziele« zu bilden, also u.a. für die Absicht, die Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren.⁹

Wie ein roter Faden ziehen sich deshalb auch Aussagen, eine wirksame Armutsbekämpfung habe für die EU absolute Priorität, durch das gesamte Dokument. Gleichzeitig wird häufig das Ziel betont, eine gleichberechtigte Partnerschaft mit Afrika anzustreben. Erst bei näherem Hinsehen enthüllt sich der fragliche Gesamtansatz. Tatsächlich wird sogar eingestanden, dass für ein Erreichen der Millenniumsziele größere Anstrengungen nötig seien, was eine etwas vorsichtige, dennoch richtige Feststellung ist, denn tatsächlich ist man hiervon derzeit meilenweit entfernt, wie etwa der im Auftrag der Vereinten Nationen erstellte Sachreport festhält.¹⁰ Obwohl eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet werden, wie die Millenniumsziele wenigstens annäherungsweise erreicht werden können, steht sich die EU-Afrikastrategie aufgrund der grundsätzlichen ordnungspolitischen Prämissen selbst im Weg, da die strukturellen Ursachen für Armut und Unterentwicklung, die elementar mit der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung zusammenhängen, nicht in Frage gestellt werden.

Hiermit verkommen jedoch sämtliche vollmundigen Absichtserklärungen zur Farce, wenn etwa betont wird, dass zum Erreichen der Millenniumsziele »die EU-Afrikastrategie [...] das Potential des Cotonou-Abkommens voll ausschöpfen sollte.«¹¹ Grundsätzlich sollte dieses im Juni 2000 zwischen der EU und den 77 vorwiegend afrikanischen AKP-Staaten geschlossene Abkommen die wichtigste Richtschnur für die künftige EU-Afrikapolitik bilden. Obwohl die Armutsbekämpfung vorgeblich das zentrale Element des Abkommens darstellt, könnte nichts weiter von der Wahrheit entfernt sein. So müssen nun die AKP-Staaten im Rahmen so genannter Economic Partnership Agreements (EPAs) ihre Märkte für EU-Exporte frei zugänglich machen. Darüber hinaus trägt auch das Cotonou-Abkommen zu einer weiteren Politisierung

der Entwicklungshilfe bei, indem deren Gewährung an das Wohlverhalten der Empfängerländer gekoppelt wird.¹²

Tatsächlich wirkt sich das Abkommen extrem negativ aus, wie eine Studie des entwicklungspolitischen Netzwerks EUROSTEP zusammen mit terre des hommes und Weed feststellt: »Die Autoren der Studie folgern, dass die geplante Handelsliberalisierung mit den AKP-Staaten massiv den Erfolg der Armutsbekämpfungs-Programme in den untersuchten Ländern gefährdet und die Ziele des Cotonou-Abkommens selbst untergräbt. [...] Sie kritisieren, dass sich die derzeitigen Verhandlungen im Eigeninteresse der EU auf den Zollabbau konzentrieren, während nicht-tarifäre Handelshemmnisse und andere Probleme, die steigenden Exporten aus den AKP-Staaten in die EU entgegenstehen, ausgeklammert bleiben.« Letztlich bleibt von dem ganzen moralisch-entwicklungspolitisch verkleideten Geschwafel einzig nackte Interessenspolitik übrig: »Aus der Studie geht klar hervor, dass die Menschen in den AKP-Staaten unter wirtschaftlichen und ökologischen Fehlentscheidungen leiden werden. Statt aus ökonomischem Eigennutz auf der Marktöffnung zu bestehen, sollte die EU zunächst eine autonome regionale Entwicklung unterstützen und auf Freihandel verzichten«, so Klaus Schilder, Projektreferent für EU Nord-Süd-Politik bei WEED.¹³

Ein ebenfalls krasses Beispiel, wie speziell Deutschland gezielt neoliberale Politiken umsetzt, die zu einer Verschärfung der Armut in Afrika führen, ist die 2004 begonnene Neuausrichtung der Subsahara-Politik des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Der lange in Namibia tätige Wirtschaftswissenschaftler Jörg Goldberg merkt kritisch an, das BMZ ziele hiermit primär auf »bessere Rahmenbedingungen für Privatunternehmen« und bewege sich auf den »bekannten Pfaden von Privatisierung und Deregulierung. [...] Die Erfahrungen der Vergangenheit aber haben gezeigt, daß es die unterstellte Automatik von besseren Rahmenbedingungen für private Unternehmen und Armutsreduzierung nicht gibt, speziell nicht in Afrika. [...] Ganz allgemein ist festzuhalten, daß die klassischen Felder der direkten Armutsbekämpfung (Bildung und Gesundheit, Ernährungssicherheit, Soziale Sicherheit, Ländliche Entwicklung, Informeller Sektor) faktisch nicht mehr vorkommen. [...] Ohne verstärkte Aktivitäten der unmittelbaren Armutsbekämpfung und ohne die Schaffung von mehr sozialer und Ernährungssicherheit für die Armen wird es weder nachhaltiges Wachstum noch einen deutlichen Rückgang der Armutsquoten geben.«¹⁴

Solange an diesen strukturell, durch das neoliberale Weltwirtschaftsmodell bedingten Gründen für die Armut in Afrika nichts geändert wird – und davon ist logischerweise nirgends die Rede – sind alle Erklärungen, man wolle zu deren Beseitigung beitragen, pure Heuchelei. Es ist schon mehr als zynisch, wenn in diesem Zusammenhang die EU-Afrikastrategie eine militärische Stabilisierung afrikanischer Länder zur Grundvoraussetzung für eine wirksame Armutsbekämpfung im Rahmen der Cotonou-Vereinbarung erklärt: »Frieden und Sicherheit sind die ersten elementaren Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklung.«¹⁵ Tatsächlich wird genau umgekehrt ein Schuh daraus: Die europäische Politik trägt massiv zur Verarmung afrikanischer (und anderer) Staaten bei, was wiederum den Hauptfaktor für die gewaltsame Eskalation von Konflikten darstellt. Diese müssen wiederum militärisch von der EU »befriedet« werden, um die bestehenden Ausbeutungsverhältnisse aufrecht zu erhalten. Im Folgenden wird beschrieben, mit welcher unterschiedlichen Methoden solche Einsätze in der Demokratischen Republik Congo trainiert wurden, um ein kleptokratisches Regime von Kriegsverbrechern zu stützen. Anschließend wird am Beispiel des Sudan gezeigt, wie bewusst eine Destabilisierung und Konflikteskalation zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen in Kauf genommen, ja sogar verursacht wird.

4. Manöver am Congo

Die Demokratische Republik Congo (DRC) wird von EU-Politikern in erster Linie als Rohstofflieferant und Testgebiet für künftige militärische und zivilmilitärische Operationen in Afrika gesehen. Nachdem schon die Operation Artemis im Sommer 2003 als »Geburtsstunde der europäischen Sicherheitspolitik«¹⁶ gefeiert wurde, findet gegenwärtig auch die erste »zivile« Mission im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) in Afrika auf dem Gebiet der DRC statt. Am 2. Mai 2005 beschloss der Europäische Rat, diese Polizeimission militärisch zu flankieren. Am 8. Juni landeten die ersten acht hochrangigen EU-Militärs in der DRC, um als Spezialisten bei der Reform des Sicherheitssektors beratend und unterstützend mitzuwirken. Als Grundlage der beiden aktuellen Missionen dient eine offizielle Einladung der kongolesischen »Regierung des Übergangs«, die sich aus Warlords zusammensetzt und zweimal die auf den 30. Juni 2005 angesetzten, ersten Wahlen nach dem Bürgerkrieg, um jeweils sechs Monate verschoben hat.

Am 30. Juni 2005, zugleich der »Unabhängigkeitstag«, gab es massive Proteste der Zivilbevölkerung,

welche die korrupte Regierung endlich abwählen wollte. Diese wurden von Polizei und Militär mit scharfen Waffen angegriffen. Es gab in mehreren Städten Tote und Verletzte, deren genaue Zahl unklar ist. In der Folge wurden Radiosender und Zeitungen, die über die Proteste berichteten, eingeschüchert oder vorübergehend geschlossen. Funktionäre der UDPS (Union Pour la Démocratie et le Progrès Social), einer Partei der zivilen Opposition, die zur Absetzung der aktuellen Regierung und zu zivilem Ungehorsam aufrief, wurden verhaftet. Bis heute ist unklar, ob bei diesen Repressionen Polizeikräfte zum Einsatz kamen, die von europäischen Polizisten in Aufstandsbekämpfung ausgebildet wurden und deren Ausrüstung vom Europäischen Entwicklungsfonds finanziert wurde.

Insofern zeigt eine Analyse der EU-Politik gegenüber der DRC, dass die zunehmend interventionistische ESVP nicht am Aufbau ziviler, demokratischer Strukturen interessiert ist, sondern an der Errichtung zentralisierter Sicherheitsapparate. Dabei werden auch korrupte, aus Kriegsverbrechern bestehende Regime unterstützt, wenn diese sich mit zivilem und militärischem Druck für EUropäische Interessen instrumentalisieren lassen.

Die Ausgangslage

Die DRC als politisches Gebilde geht auf den einst vom belgischen König Leopold II. als Privatbesitz

kolonialisierten und ausgebeuteten »Freistaat Kongo« zurück. Wie in den meisten Fällen der afrikanischen Kolonialgeschichte berücksichtigte die Grenzziehung keine traditionellen und sozialen Gegebenheiten und so ist die Bevölkerung äußerst heterogen. Die Kolonialherrschaft zerstörte die hergebrachten sozialen Systeme und behinderte den Aufbau neuer autonomer politischer und sozialer Strukturen. 1960 wurde die DRC völlig überstürzt in die Unabhängigkeit entlassen, doch schon in den ersten Wochen danach besetzte und bombardierte belgisches Militär erneut Städte im Kongo. Der Westen unterstützte wegen angeblicher Moskaunähe der Regierung die Abspaltung der rohstoffreichen Provinzen und ließ den gewählten Präsidenten Lumumba ermorden. Der Diktator Mobutu wurde als antikommunistisches Bollwerk an die Macht gebracht und während des gesamten Kalten Krieges unterstützt. Mobutu ließ die Westmächte im Austausch für üppige Entwicklungsgelder, die er unter seiner Clique aufteilte, die vielen wertvollen Rohstoffe des Kongo ausbeuten. Er wurde 1997 von Laurent-Désiré Kabila gestürzt, der sich zum Präsidenten ernannte. Zwei Jahre später entbrannte ein neuer Bürgerkrieg, in den alle umliegenden Staaten verwickelt wurden. Dieser Krieg erwies sich für die beteiligten Armeeführer und Warlords als äußerst rentabel: Die Gewinne aus dem Export der abgebauten Rohstoffe konnten die Eliten einstreichen, während



die Soldaten von Plünderungen lebten. So perpetuierte sich der Krieg und verlor jegliche politische Zielsetzung. In gewisser Weise dauert er bis heute an. Unter Joseph Kabila, der das Präsidentenamt von seinem ermordeten Vater übernahm, kam es zu einer Reihe von Friedensverhandlungen. Nachdem Ruanda und Uganda 2002 offiziell ihre Armeen zurückzogen, wurde eine Übergangsverfassung verabschiedet, die bis Juni 2005 in freie Wahlen münden sollte und eine Zusammenlegung der verschiedenen Milizen zur nationalen integrierten Armee vorsah.

Diese Verfassung hatte allerdings einen schwer wiegenden Fehler: Der Präsident sowie die vier Vizepräsidenten sind Kriegsverbrecher. Außer dem Vertreter der politischen Opposition befehligen alle noch heute eigene Armeen und Milizen, die das Land, vor allem die Minen, unter sich aufgeteilt haben. Neben den Milizen, die an der Regierung beteiligt sind, existieren noch eine Vielzahl bewaffneter Gruppen, die in wechselnden Allianzen aktiv sind, das Land plündern und die Menschen ausbeuten. Die größte landesweite Organisation, die nicht am militärischen Konflikt beteiligt ist, die Union für Demokratie und Sozialen Fortschritt (UDPS), ist nicht an der Regierung beteiligt. Seit 1999 ist die UN-Mission MONUC im Land aktiv, deren Mandat beständig ausgeweitet wird. Hauptziele sind die Entwaffnung der Milizen, Schutz der Bevölkerung, Wiederansiedlung von Flüchtlingen und die Ermöglichung von Wahlen.

Übungsgelände der EU

Die DRC stellt insofern den Prototypen dessen dar, was in Strategiepapieren gerade als failed state (gescheiterter Staat) bezeichnet und durch einen erweiterten Sicherheitsbegriff als eine der Hauptbedrohungen sowohl der westlichen Staaten als auch »Menschlicher Sicherheit« insgesamt identifiziert wird. Aus moralischen und sicherheitspolitischen Gründen sei hier militärisch zu intervenieren. Die USA und die EU entscheiden aber nach eigenen Interessen, wann sie eine solche Intervention vornehmen.

Während es bei der späteren Mission im Sudan ganz offensichtlich um Öl und die Interessen europäischer Konzerne geht (siehe unten), war »Artemis« als erste autonome Militärmission der EU primär ein Testlauf für zukünftige Missionen und Demonstration der Handlungsfähigkeit europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die DRC hat sich in mehrfacher Hinsicht als »Trainingsgelände« angeboten. Die Situation dort ist bei aller Grausamkeit in den letzten Jahren relativ stabil, das Land verfügt über wichtige Rohstoffe und liegt im Zentrum des afrikanischen Kontinents. Die USA können sich wegen des Irak-Debakels gerade nicht massiv in Afrika engagieren,

weshalb die EU darauf drängt, schnell ihren Einfluss in dieser teilweise ressourcenreichen und »naheliegenden« Region auszubauen.

Erste Übung: Artemis

Vor allem die Geschwindigkeit, mit der die EU-Mission Artemis realisiert wurde, ist beeindruckend. Nach Absprachen mit der französischen Regierung ersuchte UN-Generalsekretär Kofi Annan am 15. Mai 2003 offiziell den Sicherheitsrat, einer zeitlich befristeten, multinationalen Notfall-Eingreiftruppe zuzustimmen. Am 19. Mai beschloss der Europäische Rat, zu prüfen, ob solch eine Mission im Rahmen der ESVP durchzuführen sei und die nötigen Ressourcen zur Verfügung stünden. In europäischen Medien wurde verstärkt über die humanitäre Lage und Massaker in der Provinz Ituri berichtet (intensiviert wurde diese Aufmerksamkeit ab dem 3. Juni, als eine »Informationskampagne« durch den EU-Rat gestartet wurde). Am 30. Mai verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1484 (2003), die ein robustes, aber zeitlich bis zum 1. September 2003 begrenztes Mandat für die EU-Eingreiftruppe beinhaltete und Aufgaben und Ziele des Einsatzes definierte. Fünf Tage später wurden die ersten französischen Soldaten in die DRC verlegt.

Die strategische Planung und die Abstimmungen im Europarat brauchten nur sechs Tage. Die anschließende operationelle Planung durch die Einsatzführung und den Militärausschuss der EU wurde in weiteren sechs Tagen abgeschlossen und am 11. Juni durch den Europarat bestätigt. Am folgenden Tag begann offiziell die EU-Mission Artemis. Nachdem der deutsche Bundestag bereits am 6. Juni über eine Beteiligung am Einsatz mit 350 Soldaten, sowohl im Planungs- und Führungszentrum in Paris als auch am einsatznahen Transportstützpunkt in Entebbe (Uganda)

Die operationelle Planung der EU-Mission umfasste lediglich die ersten zwei von den zehn Forderungen der UN-Resolution 1484. Die anderen acht Punkte richteten sich in erster Linie an alle UN-Mitglieder und zielten auf ein langfristiges Engagement der UN ab. Was dadurch an Aufgabenstellung für die Mission Artemis übrig blieb, trägt eher die Züge eines Manövers zu Übungszwecken denn die eines Einsatzes, der eine humanitäre Katastrophe verhindern und die Lage stabilisieren soll.¹⁷

Die Operation umfasste drei afrikanische Staaten. Als logistischer Stützpunkt fungierte Entebbe in Uganda, wo die meisten deutschen Soldaten stationiert waren. Von Tschad aus wurden Aufklärungsflüge gestartet, und in Bunia (DRC) waren fast ausschließ-

lich französische Truppen damit beauftragt, den Flughafen zu sichern, Flüchtlingslager zu schützen und in der Stadt für Ruhe zu sorgen. Die Vorhut bildeten dabei stets Spezialeinheiten, die das Gelände sicherten und die Bevölkerung einschüchterten, bevor sie durch reguläre Truppen ersetzt wurden. Im Vorfeld der Landung der ersten EU-Soldaten in Bunia wurde dennoch mit der vorrangig in Bunia aktiven Armee, der UPC des Thomas Lubanga, vereinbart, dass sie die Stadt räumen würde. Im Umkreis von zehn Kilometern wurde allen Menschen außer den EU- und UN-Soldaten verboten, Waffen zu tragen. Vor allem nachts kam es vereinzelt zu Schusswechseln in der Stadt, in der Umgebung ohnehin, denn die aus der Stadt vertriebenen Soldaten zogen sich auf das Land zurück. Die Bauern flohen vor ihnen in die Berge.

Nach knappen drei Monaten wurde die Mission planmäßig beendet, die gestärkte UN-Mission MONUC, deren Soldaten hauptsächlich von Bangladesh, Nepal, Pakistan und Indien bereitgestellt werden, übernahm wieder das Kommando in Bunia. An der humanitären Gesamtlage und der politischen Unordnung in der DRC hatte sich nichts geändert, für deren Überwindung war Artemis von Anfang an nicht ausgelegt, die Mission war dafür zu klein, zu beschränkt und zu blind für die politischen Verhältnisse. Obwohl Kofi Annan die EU-Staaten mehrfach darum bat, Soldaten für die UN-Mission beizusteuern, verhielten sich die Regierungen hier wesentlich zurückhaltender, als wenn es um robuste Kampfeinsätze unter eigener Flagge ging. Denn nach Abzug der EU-Soldaten verschwand der weitere Verlauf des Konfliktes in der DRC schnell wieder aus dem Blick der europäischen Öffentlichkeiten. Zum Glück der EU-Strategen, denn diese genierten sich in der Folge nicht, die Operation Artemis als Beweis für kerneuropäische Führungskraft und militärische Unabhängigkeit zu bewerten: »Deutschland und Frankreich begrüßen den Erfolg der Operation ›Artemis‹ in der Demokratischen Republik Congo, der ersten eigenständig durchgeführten militärischen Operation der Europäischen Union. Mit dieser Operation zur Stabilisierung und Verbesserung der humanitären und Sicherheitslage in Bunia hat die Europäische Union ihre politische und militärische Fähigkeit gezeigt, schnell und effizient auf eine Krisensituation zu reagieren.«¹⁸

An der UN-Mission nehmen hingegen nur drei (!) reguläre Soldaten aus Frankreich teil, das zuvor immerhin Lead-Nation (Führungsnation) beim EU-Kampfeinsatz war und sich stets so besorgt um die humanitäre Lage in der DRC gezeigt hatte. Deutschland verweigert jegliche personelle Unterstützung, während Tschechien (3), Belgien (7), England (6) und

Frankreich (6) gemeinsam immerhin 22 Militärbeobachter beisteuern. Kofi Annan schlug im Oktober 2004 vor, die MONUC-Mission angesichts neuer Eskalationen und der seinerzeit noch auf Juni 2005 angesetzten Wahlen auf knapp 24.000 Soldaten aufzustocken, doch in seinem Entwurf für die UN-Resolution 1565 korrigierte Frankreich die Zahl auf 16.700 herunter und Deutschland stimmte diesem Entwurf zu. Vor allem die EU-Staaten, die sich noch im Juni 2003 den UN zu einem robusten Kampfeinsatz geradezu aufdrängten und humanitäre Verantwortung heuchelten, zogen sich aus der Affäre, obwohl sie ihre Aktivitäten von Juni bis September 2003 als vollen Erfolg bejubelten und ohne eigene Verluste an Menschenleben beenden konnten.

Krieg den Hütten, Friede den Palästen: EUPOL KINSHASA

Im Juni 2000 hatten die UN eine Expertengruppe eingesetzt, die sich mit Plünderung und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in der DRC sowie deren Einfluss auf das Kriegsgeschehen auseinandersetzen sollte. Die Ergebnisse waren eindeutig und wenig überraschend: Die Kriegsparteien finanzieren sich durch den Export von Rohstoffen, die teils unter Zwangsarbeit abgebaut, teils schlicht geplündert wurden.¹⁹ Die Führer der Milizen haben mittlerweile eine eigene Kriegsökonomie aufgebaut, mit eigenen Banken, Export- und Mienenunternehmen. Diese ist eng mit europäischen Unternehmen verknüpft, insbesondere mit der Waffen- und Hightech-Industrie. Während zivilgesellschaftliche Initiativen diese strukturellen Bedingungen für das Morden in Zentralafrika aufgriffen und durch Boykotte und Öffentlichkeitsarbeit zumindest einen Rückzug der Bayer-Tochter HC Starck und der belgischen Fluglinie Sabena aus dem Handel mit den Warlords erzwangen, kamen die europäischen Regierungen nicht der Aufforderung der Expertengruppe nach, den Geschäften der namentlich benannten Kriegsprofiteure nachzugehen und die Einhaltung der OSCE-Richtlinien für multinationale Konzerne zu erzwingen. Im Gegenteil übten sie diplomatischen Druck aus, woraufhin die UN das Kapitel V aus dem Abschlussbericht der Expertengruppe, in dem Auskunft über geschäftliche Verstrickungen gegeben wurde, unter Verschluss hielt.²⁰ Statt also vor der eigenen Tür zu kehren, nutzte die EU die DRC weiterhin, um militärische und zivilmilitärische Einsatzkonzepte zu testen.

Eine besondere Bedeutung wird bei zukünftigen Interventionen, speziell in Afrika, so genannten Sicherheits-Sektor-Reformen zukommen. Dabei handelt es sich um Bemühungen, den jeweils bevorzugten Eliten »gescheiterter Staaten« neue Armeen und Polizeiein-

heiten zur Verfügung zu stellen. Diese werden dann von Soldaten und Polizisten der EU im Rahmen der ESVP ausgebildet und häufig mit Geldern aus Entwicklungsfonds ausgerüstet.

Erste Erfahrungen mit solchen Einsätzen konnte die EU bereits bei Missionen auf dem europäischen Kontinent sammeln (EJUST THEMIS in Georgien, EUPM in Bosnien und Herzegovina und EUPOL PROXIMA in Mazedonien). Die erste Übung auf dem afrikanischen Kontinent startete am 30. April 2005 wiederum in der DRC. Der entsprechende Beschluss wurde vom Europäischen Rat am 9. Dezember 2004 getroffen. Die Aufgaben der Mission EUPOL KINSHASA sind: »Instandsetzung und Renovierung ei-

nes Ausbildungszentrums und Bereitstellung der Grundausrüstung; Schulung der IPU [Integrierte Polizeieinheiten]; Folgemaßnahmen, Beobachtung und Anleitung bei der konkreten Umsetzung des Mandats der IPU im Anschluss an die erste Schulungsphase.«²¹ Die IPU sind Sondereinheiten der Polizei, deren explizite Aufgabe es ist, die Institutionen und Personen der »Regierung des Übergangs« zu schützen, also genau die Institutionen und Personen, die Ende Juni 2005 durch eine Wahl ersetzt werden sollten, nun aber, gegen den Willen der Bevölkerung, ihre eigene Herrschaft um ein Jahr verlängert haben. 1008 dieser Polizisten will die EU ausrüsten und trainieren, was seit August 2004 durch 18 europäische Polizeiausbil-

GESCHICHTE DES KONGO

Um 700 n. Chr. Völker mit Bantusprachen erreichen das Gebiet der heutigen Demokratischen Republik Kongo

16. Jh. Im Norden der heutigen Republik besteht ein politisches System bei den Zande und ein Königreich bei den Mangbetu; das Königreich Kongo am Unterlauf des Kongo-Flusses wird von Portugiesen christlich beeinflusst

1884-85 Bei der Berliner Konferenz einigen sich die europäischen Mächte im wesentlichen über die Aufteilung auch Zentralafrikas, König Leopold II von Belgien übernimmt den „Unabhängigen Kongostaat“ als Privatbesitz, Eroberung des Gebiets, Zerstörung der Reiche des Msiri und des Tippu Tib

1908 Belgischer Staat übernimmt Herrschaft über den Kongostaat

30.6.1960 Nach Unruhen wird das Land in die Unabhängigkeit entlassen; Staatspräsident Kasavubu und Ministerpräsident Lumumba; Meuterei der Streitkräfte löst Intervention Belgiens und Sezession Katangas aus; Die Vereinte Nationen entsenden eine Streitmacht

1961-64 Zentral-Regierung Adoula 1963 mit Hilfe der Streitkräfte der Vereinten Nationen wird Katanga wieder eingegliedert

24.11.1965 Generalstabschef Mobutu (seit 11.12.1982 Maréchal) übernimmt die Staatsgewalt und gestaltet die II. Republik zu einem zentralistischen, totalitären Präsidialregime (Hinrichtung politischer Gegner, Verabschiedung einer Präsidialverfassung, Errichtung eines Einparteiensystems unter dem „Mouvement Populaire de la Révolution“)

21.10.1971 Umbenennung des Landes in Zaïre

1973/74 Im Zuge der „Zairianisierung“ werden ausländische Vermögen nationalisiert (1976 teilweise wieder aufgehoben)

80er Jahre Wirtschaftlicher Ruin des Landes

1991/1993 Plünderungswellen zerstören weite Teile der noch existierenden industriellen und administrativen Infrastrukturen

24.04.1990 Präsident Mobutu verkündet Abkehr vom Einparteiensystem

1991/92 Souveräne Nationalkonferenz (CNS) soll politische Weichen für die sogenannte „III. Republik“ stellen. Der von der Konferenz zum Premierminister ernannte Oppositionelle Etienne Tshisekedi (UDPS) wird jedoch von Mobutu per Dekret für abgesetzt erklärt.

Juni 1994 Oppositionspolitiker Kengo wa Dondo zum Premierminister gewählt, einige Erfolge bei der Stabilisierung der zerrütteten Wirtschaft und der Vorbereitung allgemeiner Wahlen

1996 Süd-Kivu: Aufstand der Banyamulenge-Tutsi gegen die Zentralregierung in Kinshasa; durch Uganda, Ruanda, Burundi und Angola unterstützt, erobert die sich später AFDL (Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo/Zaire) nennende Rebellenbewegung binnen acht Monaten weite Teile des Staatsgebietes

17.05.1997 Einnahme von Kinshasa; AFDL-Führer Laurent Désiré Kabila proklamiert sich zum neuen Staatspräsidenten; Umbenennung des Landes in Demokratische Republik Kongo; Mobutu stirbt wenig später im marokkanischen Exil.

02.08.1998 Beginn der Rebellion, maßgeblich unterstützt durch Ruanda und Uganda.

16.01.2001 Präsident Laurent-Désiré Kabila bei einem Attentat getötet; die Nachfolge tritt sein Sohn Joseph Kabila an (Vereidigung am 26.01.01).

31.07.2002 Präsident Joseph Kabila und der ruandische Präsident Paul Kagame unterzeichnen in Pretoria ein Abkommen über den Rückzug der ruandischen Truppen aus dem Kongo sowie die Entwaffnung und Demobilisierung ruandischer Hutu-Milizen auf kongolesischem Gebiet. Die VN-Mission MONUC und Südafrika sollen als „Dritte Partei“ die Ausführung des Abkommens überwachen

06.09.2002 In Luanda, Angola, unterzeichnen der kongolesische Präsident Kabila und der ugandische Präsident Yoweri Museveni ein Abkommen, das die Beziehungen der beiden Länder normalisieren soll und in dem sich Uganda zum Abzug seiner Truppen aus dem Kongo verpflichtet

17.12.2002 In Pretoria einigen sich Kriegsparteien, politische Opposition und Zivilgesellschaft unter Druck der internationalen Gemeinschaft auf den „Accord Global et Inclusif“

1./2.4.2003 In Sun City verabschieden die Delegierten des Innerkongolesischen Dialogs feierlich die Ergebnisse der Einigung von Pretoria, darunter ein Schema zur Machtverteilung unter den Konfliktparteien und eine neue Übergangsverfassung

4.4.2003 Präsident Joseph Kabila verkündet die neue Übergangsverfassung, am Tag zuvor wurden bei ethnisch begründeten Massakern im Ituri (Dodro) Hunderte von Menschen umgebracht

7.4.2003 Präsident Joseph Kabila leistet einen neuen Amtseid auf die Übergangsverfassung

11.6.2003 EU-Rat stimmt der Entsendung einer 1.500 Mann starken multinationalen Einsatztruppe (Operation Artemis) zu; Operation Artemis dauert bis zum 01.09.2003 an

17.7.2003 Vereidigung der vier Vizepräsidenten Ruberwa, Z'Ahidi Ngoma, Yerodia und Bemba

28.10.2003 UN-Expertenpanel stellt die Endfassung des Berichts über die illegale Ausbeutung der kongolesischen Rohstoffressourcen unter Bekanntgabe der daran beteiligten Regierungen, Firmen und Privatpersonen vor

17.-19.12.2003 Im Rahmen des Weltbankkonsultativtreffens in Paris werden der DR Kongo rund 4 Mrd. USD Unterstützung zum Wiederaufbau des Landes für die Jahre 2004 bis 2006 zugesagt

28.3.2004 Einige Stunden andauernde Schusswechsel in verschiedenen Militäreinrichtungen und im Zentrum Kinshasas

2.-4.6.2004 Nachdem die Stadt Bukavu in die Hände abtrünniger Soldaten fällt, brechen in Kinshasa Unruhen aus, die sich in erster Linie gegen die VN-Mission MONUC richten

10./11.06.2004 Versuchter Staatsstreich durch Mitglieder der Präsidentengarde GSSP

13.8.2004 Massaker in einem burundischen Flüchtlingscamp (in Gatumba), dem ca. 160 Personen zum Opfer fielen, darunter 140 Banyamulenge (tutsistämmige Kongolesen). Täterschaft - laut VN-Bericht vom 05.10.2004 - nicht endgültig aufklärbar (vermutlich beteiligt: burundische Rebellengruppe FNL, Forces Nationales de Libération, Mitglieder der Interahamwe, Mayi-Mayi sowie andere bewaffnete Gruppen)

10.1.2005 Wegen der vom Präsidenten der Unabhängigen Wahlkommission angedeuteten Verschiebung des Wahltermins finden Demonstrationen in Kinshasa statt, bei denen es laut offiziellen Angaben 4 Tote gibt. Vier Tage später zum Gedenken der Toten Aufruf zu einem Tag der Trauer/des Boykotts.

April 2005 Im Rahmen der ESVP-Mission EUPOL Kinshasa entsendet die EU Polizisten, die bei der Ausbildung einer Sonderpolizei in Kinshasa helfen soll.

8.6.2005 Die EU entsendet im Rahmen der Mission EUSEC DR Congo ranghohe Militärs, die den Umbau des kongolesischen Sicherheitssektors begleiten sollen.

30.6.2005 Nachdem die in der Verfassung des Übergangs vorgesehenen Wahlen verschoben wurden kommt es am ursprünglichen Wahltermin und Unabhängigkeitstag in mehreren Städten zu Demonstrationen. Mehrere Demonstranten sterben, als die Polizei das Feuer eröffnet.

(Quelle: Auswärtiges Amt)

der begonnen und durch den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) mit 585.000 Euro finanziert wurde.²² Mit dem Beschluss des Europäischen Rates wurde die Zahl der Ausbilder im April 2005 auf 30 erhöht und die Leitung dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSC) der EU überantwortet, während sich der EEF weiterhin an der Finanzierung beteiligt. Das Mandat beläuft sich auf zwölf Monate, was insofern bemerkenswert ist, als die IPU ja nach der Wahl obsolet werden sollten. Der Europäische Rat ging also von Anfang an davon aus, dass die Wahlen verschoben werden und war bereit, diejenigen Einheiten auszubilden, die das kleptokratische Regime vor denjenigen schützen sollen, die endlich Wahlen fordern. Dass deren Ausrüstung teilweise mit »Entwicklungsgeldern« finanziert wird, sagt viel darüber aus, was in Wirklichkeit unter dem Begriff »Demokratieexport« zu verstehen ist.

Dritte Übung: EUSEC DR Congo

Tatsächlich war die Verschiebung der Wahlen absehbar und sie mag unter den gegebenen Umständen auch sinnvoll gewesen sein. Eine Einschätzung der UN nennt legislative, technische, politische und Sicherheitsaspekte, die verbessert werden müssten, bevor Wahlen abgehalten werden sollten, und moniert die fehlenden finanziellen Mittel.²³ Das Hauptproblem ist allerdings die Unterstützung der alten Eliten in der Regierung. Diese haben kein Interesse an einer Regierungsumbildung und versuchen, die politische (zivile) Opposition zu sabotieren. Ihre technischen Vorbereitungen für die Wahlen waren mehr als halberzig, so begann die Registrierung der Wähler, die Monate in Anspruch nahm, erst am 20. Juni 2005. Vielmehr lag der Regierung daran, alle ihr zugekommenen Gelder in die eigenen Taschen fließen zu lassen und neue Milizen für den Fall eines Aufstandes aufzustellen. Während sich die UN-Mission noch teilweise um die Vorbereitung der Wahlen kümmert, steht auch bei ihr, wie im Falle der EU, der Sicherheitsaspekt im Vordergrund. Daraus folgt die Zusammenarbeit mit den alten militaristischen Eliten, während die zivile Opposition international um Anerkennung und Unterstützung betteln muss.

Dementsprechend ergänzte die EU ihre »zivile« Polizeimission im Mai 2005 mit EUSEC – DR Congo um eine militärische Komponente. Ziel dieser Mission ist es, »den für den Sicherheitssektor zuständigen kongolesischen Behörden beratend und unterstützend zur Seite [zu] stehen [...]«,²⁴ also vor allem die Eingliederung der Milizionäre in die integrierte nationale Armee, die den EU-Strategen die wichtigste Voraussetzung des »State-Building« zu sein scheint. Es wird somit auch hier, wiederum nach deren ausdrücklicher

Einladung, mit den alten militärischen Eliten kooperiert. Auch diese Mission ist für mindestens ein Jahr vorgesehen und steht unter der politischen Kontrolle und strategischen Leitung des PSC. Neben einem eigenen Büro in Kinshasa werden die europäischen Militärs als »Experten« folgenden Stellen zugeordnet: dem Kabinett des Verteidigungsministers, dem Generalstab, dem Generalstab der Landstreitkräfte, der Nationalen Kommission für Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung (CONADER) und dem Gemeinsamen Operativen Komitee. Leiter der Mission wird der französische General Pierre Michel Joana sein, der zuvor 4000 Soldaten in der Elfenbeinküste befehligte. Sein Stellvertreter ist der belgische Oberst Marc Van Dalem.

Demokratie als Krisenfall

Anfang Juli 2006 läuft das letzte Ultimatum aus der »Verfassung des Übergangs« für die Abhaltung von Wahlen ab. Informell haben die UN bei der EU angefragt, ob sie zur Absicherung der Wahlen nicht eine der frisch aufgestellten Battlegroups entsenden könne. Auf den ersten Blick eine gute Gelegenheit, wiederum das neueste militärische Einsatzkonzept unter humanitärem Vorwand in der DRC zu testen. Doch diesmal dauert alles viel länger, die Mitgliedstaaten schieben sich gegenseitig die militärische und finanzielle Verantwortung zu, aus den Reihen des Militärs dringt Kritik am zunehmenden Engagement der EU in Afrika nach Aussen. Diesmal handelt es sich nicht um ein Manöver, denn die Wahlen könnten zu einem Ernstfall werden.

Trotzdem ist der Handlungsdruck, der nun auf der EU lastet, kein Unfall, sondern die logische und gewollte Konsequenz der vorangegangenen Interventionen. Das Problem der EU sind letzten Endes die Wahlen, die zwangsläufig die Qualität des bisherigen Engagements verändern werden. Denn nach deren Abhaltung wird es nicht damit getan sein, ein ohnehin recht stabiles Regime von Plünderern mit Finanzspritzen und Ausbildern zu unterstützen. Entweder die EU versucht also, das Wahlergebnis umzusetzen, was zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Unterlegenen führen dürfte, womit sie ihr persönliches Somalia erleben könnte, oder sie stabilisiert das gegenwärtige System gegen den Wählerwillen und entlarvt das Gefasel, es gehe ihr um den Export von Demokratie, als pure Heuchelei.

Neokoloniale Ambitionen

Die französisch-belgische Leitung der EUSEC-Mission verweist über ihren Übungszweck hinaus auch auf den kolonialen Charakter der Europäischen Afrika-Politik. In den ehemaligen Kolonien, die nie in

eine wirkliche Unabhängigkeit entlassen wurden, wird heute »Staatszerfall« diagnostiziert und unter dem Deckmantel einer »Verantwortung zum Schutz« interveniert. Die DRC gilt dabei für Afrika als Testgebiet, und hier zeigt sich, dass auch eine korrupte, militaristische Elite gegenüber der Zivilgesellschaft gestärkt wird, wenn sie zur Kooperation mit den EU-Strategen bereit ist. »Sicherheit« bedeutet für diese in erster Linie Staatlichkeit, die wiederum primär durch zentralisierte Sicherheitsapparate gewährleistet werden könne. Widerspricht die Regierung allerdings den Interessen der EU oder wirtschaftlichen Anpassungsprogrammen, wird sie bewusst destabilisiert, was ein erneutes Eingreifen rechtfertigen soll. In diesem Fall werden dann andere Eliten aufgebaut und ausgerüstet. Daraus resultiert eine fortlaufende Militarisierung ganzer Regionen, von der die Großmächte wiederum profitieren, da sie militärisches Eingreifen als notwendig erscheinen lässt. Künftige Missionen werden diesen Mustern folgen und verstärkt auf zivil-militärischer Zusammenarbeit beruhen. Dies ist nicht nur effizienter, sondern erzeugt auch Zustimmung bei den UN, die zur Legitimationsinstanz für die neokolonialen Ambitionen der EU zu verkommen drohen. In Deutschland laufen diesbezüglich die Vorbereitungen auf Hochtouren. So bemühen sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit in letzter Zeit verstärkt um eine Einbindung entwicklungspolitischer und humanitärer Organisationen in die Sicherheitspolitik. Im niedersächsischen Gifhorn werden seit Juli 2005 Bundespolizisten explizit für Auslandseinsätze trainiert.

Die EU strebt den Aufbau einer 5000 Kräfte umfassenden gemeinsamen Polizeieinheit für »ziviles Krisenmanagement« im Ausland an,²⁵ die wiederum zur »Stabilisierung« selbsterzeugter Konflikte benötigt wird, wie sich am Beispiel Sudan zeigen lässt.

5. Der Sudan als Prototyp künftiger EU-Kriege in Afrika

Nicht von ungefähr bezeichnete der Vorsitzende des EU-Militärausschusses, Gustav Hägglund, den Sudan als prototypisch für künftige Einsätze der EU-Battlegroups.²⁶ Prototypisch ist dabei aber insbesondere, dass ein Mix aus amerikanischen und vor allem deutschen strategischen und ökonomischen Interessen in Kombination mit neoliberaler Ausbeutungspolitik, massiv zur Verschärfung der Konflikte im Land beiträgt. Dabei wird sogar bewusst das Ausbrechen eines neuerlichen Bürgerkrieges in Kauf genommen, der wiederum zur Durchsetzung der eigenen Interessen militärisch »befriedet« werden muss. Im Vorgriff auf

diese absehbare Entwicklung sind Deutschland und die EU bereits heute massiv militärisch im Land präsent.

Transatlantische Kriegsdrohungen

Seit der Sudan 1956 die Unabhängigkeit erlangte, befindet sich das Land nahezu permanent im Ausnahmezustand. Schon die Jahre 1963-1972 waren von blutigen Auseinandersetzungen geprägt, denen nach einer nur kurzen Zwischenphase von 1982 bis heute ein zweiter Bürgerkrieg folgte. Im Wesentlichen stehen sich dabei bis heute zwei Parteien gegenüber: Einmal die Regierung in Khartum, geführt von dem 1989 durch einen Militärputsch an die Macht gelangten Omar Hassan al Bashir, die die arabischen Muslime im Norden vertritt. Auf der anderen Seite findet sich die lange von John Garang und nun von seinem Nachfolger Salva Kiir befehligte Sudanesisch-Befreiungsarmee (SPLA), die ihre Machtbasis im überwiegend christlichen Süden hat.

Trotz der Tatsache, dass in Folge der Auseinandersetzungen etwa zwei Millionen Sudanesen umkamen und wohl doppelt so viele vertrieben wurden, zeigte der Westen lange Zeit wenig bis keine Ambitionen, sich für eine Beilegung des Konfliktes einzusetzen. »Da [...] Afrika nach dem Zusammenbruch des Ostblocks an strategischem Wert verlor, nahm die internationale Politik kaum Anteil an dem zerstörerischen Bürgerkrieg, der weite Teile des Landes ruinierte und entvölkerte.«²⁷ Als allerdings in der Folge großer sudanesischer Ölfunde wieder erhebliche Interessen Berlins und Washingtons auf dem Spiel standen, wurde unter massiven militärischen Drohkulissen ein »Friedensabkommen« förmlich erzwungen.

War man sich noch in der Frage des amerikanischen Alleingangs gegen den Irak spinnefeind, forderten ab 2003, angeblich aufgrund der tragischen Ereignisse in der westsudanesischen Krisenregion Darfur, die im späteren Friedensabkommen jedoch explizit ausgeklammert wurde, deutsche wie amerikanische Politiker einmütig ein bewaffnetes Eingreifen. Schon im Dezember 2003 plädierte die grüne Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Kerstin Müller, für eine Intervention.²⁸ In das gleiche Horn blies Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, die sich für die Entsendung einer EU-unterstützten Eingreiftruppe aussprach. Auch der damalige US-Außenminister Colin Powell deutete die Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens an. Der US-Kongress forderte die Regierung gar dazu auf, »ernsthaft eine multilaterale oder sogar unilaterale Intervention zu erwägen.«²⁹



Das »Friedensabkommen«

Adressat dieser Drohungen war die sudanesische Regierung, der klar signalisiert wurde, dass eine Weigerung, dem »Friedensprozess« zuzustimmen, zu einer westlichen Militärintervention führen werde. Diese Bemühungen waren schließlich von Erfolg gekrönt: Am 9. Januar 2005 unterzeichneten beide Konfliktparteien einen »Friedensvertrag« (Comprehensive Peace Agreement, CPA), dessen konkrete Inhalte es verständlich machen, weshalb Khartoum hierzu nur mit einer massiven militärischen Drohkulisse bewegt werden konnte.

Weniger problematisch sind Bestimmungen, denen zufolge die Scharia nur im Norden gelten soll und die Öleinnahmen des Landes künftig hälftig geteilt werden. Schwerer fällt ins Gewicht, dass der SPLA faktisch die Regierungsgewalt im Süden übertragen wird und sie auch Truppen in beliebigem Umfang unterhalten kann. Der eigentliche Knackpunkt des Abkommens ist allerdings, dass es für das Jahr 2011 ein Referendum vorsieht, in dem die Bevölkerung des Südens über die Abspaltung vom Norden entscheiden kann – und wohl auch wird. Genau dieser Passus deckt sich zwar exakt mit den ökonomischen und strategischen Interessen Berlins und Washingtons, diese Regelung ist aber tragischerweise gänzlich ungeeignet, den Bürgerkrieg dauerhaft beizulegen – im Gegenteil.

Washingtons geostrategische Interessen an der Teilung des Sudan

In jüngster Zeit kam es im Sudan zu einem regelrechten Ölboom. Die gesicherten Vorkommen verdoppelten sich ebenso wie die jährlichen Exporte; insgesamt

werden in dem Land etwa 3 Milliarden Barrel vermutet, was es zu einem der relevantesten mittleren Ölländer macht.

Lange spielten westliche Ölkonzerne bei der Ausbeutung der Vorkommen die entscheidende Rolle. Der Druck von Menschenrechtsgruppen und die Verschlechterung der amerikanisch-sudanesischen Beziehungen in den 1990er Jahren hatten aber zur Folge, dass die Verfügungsgewalt in asiatische Hände überging: »Jetzt sind alle Öl-Claims in chinesischer, malaysischer, indischer und (zum kleinen Teil) sudanesischer Hand.«³⁰ Vor allem China ist im Sudan sehr aktiv. Es beabsichtigt seinen Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent massiv auszuweiten, um hierdurch den rapide steigenden Ölbedarf abzusichern. Zu diesem Zweck wurden Berichten zufolge bereits erste Truppen, angeblich etwa 4.000, im Land stationiert.³¹ Da China erklärtermaßen Washingtons gefährlichster »strategischer Rivale« (George W. Bush) ist, wird in Militärcreisen ganz offen betont, dass als Vorbereitung für eine kommende Auseinandersetzung die Kontrolle der weltweiten Ölvorräte und ihrer Transportwege von zentraler Bedeutung ist, da hierdurch Peking bei Bedarf buchstäblich der Saft abgedreht werden kann.³²

Für das Verständnis der Konfliktkonstellation im Sudan ist es wichtig, zu wissen, dass sich das sudanesische Öl im Süden des Landes befindet. Es wird per Pipeline in den Norden nach Port Sudan am Roten Meer gepumpt, was der Zentralregierung weiterhin Einfluss auf die Vorkommen ermöglicht. Wie erwähnt wird gegenwärtig davon ausgegangen, dass die südsudanesischen Bevölkerung, falls es 2011 zu einem Referendum kommen sollte, mit großer Mehrheit für eine Abspaltung votieren wird. Darin dürfte das eigentliche Interesse der Vereinigten Staaten liegen, denn dies würde es ermöglichen, das Öl nicht mehr nach Norden, sondern nach Südosten zum indischen Ozean abzutransportieren und damit dem chinesischen Einfluss zu entziehen. Aus der geopolitisch dominierten Sicht der US-Strategen würde also eine Spaltung des Sudan Washingtons Position erheblich stärken. Zu allem Überfluss deckt sich dieses Interesse mit dem der Bundesregierung bzw. deutscher Konzerne.

Berlin leistet staatliche Sezessionshilfe

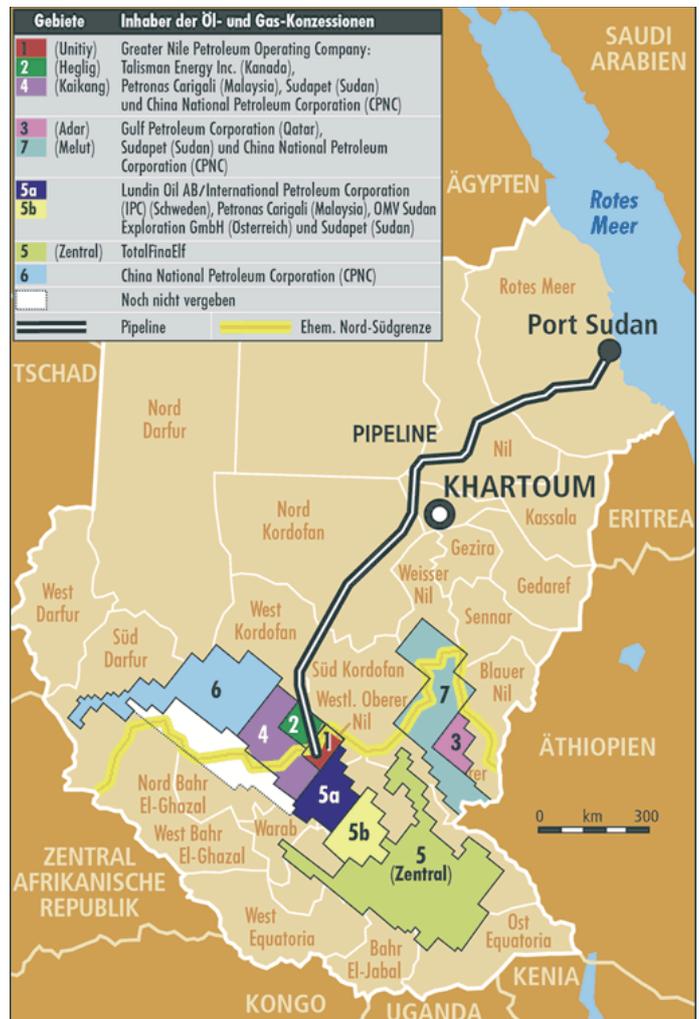
Der bisher ausschließlich über den Norden gewährleistete Abtransport des südsudanesischen Öls macht gegenwärtig eine Abspaltung des Südens noch nahezu unmöglich, da er in diesem Fall ohne Vermarktungsmöglichkeit für seine Ressourcen dastünde. Genau dieses Problem beabsichtigt die deutsche Firma Thor-mählen Schweißtechnik zu beheben. Sie erhielt von der SPLA den Zuschlag für den Bau einer Eisenbahn,

die es ermöglichen soll, sudanesisches Öl und andere Bodenschätze nach Südosten an den indischen Ozean und von dort auf den Weltmarkt zu transportieren. Insgesamt geht es um eine 4.100 Kilometer lange Strecke von den Ölfeldern des Südsudan mit Abzweigungen nach Uganda bis nach Rongai/Nairobi. Sie soll an das vorhandene alte englische Eisenbahnnetz anschließen und auch Rohstoffe aus dem Kongo transportieren.

Zusätzlich sind eine Reihe weiterer Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Projekts geplant. Laut Thormählen-Presserklärung umfasst dies unter anderem: »Aufbau von Energieerzeugung (insbesondere Wasserkraft); Aufbau der Nilschifffahrt; Aufbau der Telekommunikation; Aufbau einer Fluggesellschaft; Aufbau einer neuen Hauptstadt für den Süd-Sudan.« Dem Unternehmen zufolge belaufen sich die Kosten auf »2,5 Mrd. US\$ alleine für den Gleisoberbau. Insgesamt ist mit einem Investitionsvolumen von ca. 8 Mrd. US\$ für diesen Bereich zu rechnen.«³³

Kein Wunder, dass in der deutschen Wirtschaft bezüglich des Sudans eine »Goldgräberstimmung« (Weltspiegel) herrscht. »Ich bin begeistert, daß die deutsche Wirtschaft ein so großes Interesse daran zeigt, im Sudan tätig zu werden«, so Firmengründer Klaus Thormählen. »Es kamen bereits Anfragen von Firmen, wieviel sie investieren sollen, um unsere Partner zu werden.«³⁴ Eine Kooperation mit dem Minenräumunternehmen Mine Wolf aus Koblenz ist bereits vereinbart, Thyssen Krupp ist ebenfalls schon eingestiegen. Presseberichten zufolge seien auch Siemens, die Strabag und andere deutsche Konzerne hochinteressiert, sich an dem Geschäft zu beteiligen. Um die Bevölkerung auch über die Segnungen deutschen Profitstrebens adäquat aufzuklären, will Thormählen, der sich selbst schon als »Konsul des Südsudan« sieht,³⁵ zusammen mit Radio Hamburg einen Radiosender namens »Voice of Sudan« aufbauen: »Die einfachen Menschen im Sudan können nicht lesen. Das Radio ist die einzige Möglichkeit, sie zu erreichen«, so der Firmenchef.³⁶

Bei so viel unternehmerischem Tatendrang ist auch die Bundesregierung nicht weit. Der Deal soll unter tatkräftiger Mithilfe von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder eingefädelt worden sein und ist Teil einer Gesamtstrategie, den deutschen Einfluss in Afrika weiter zu vergrößern.³⁷ Aus diesem Grund wurde auch gleich eine kräftige Anschubfinanzierung gewährt: »Zehn bis 15 Millionen Euro benötigt Thormählens Unternehmen nun zunächst als Startkapital. Für die Kredite kann das Unternehmen mit Hermes-Bürgschaften rechnen. Der Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) habe ihm seine Unterstützung zugesagt.«³⁸ Dabei sollen die Südsudanesen

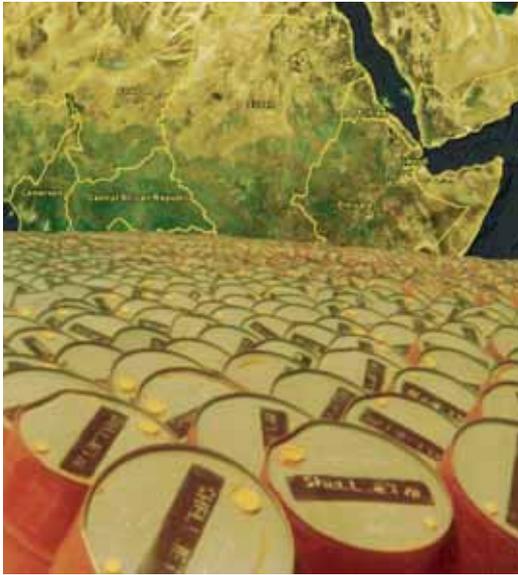


Öl und Gas-Konzessionen im Sudan (Stand 2004)

Zeichner: Michael Till-Lambrecht Quelle: Wikipedia

das ganze Projekt selbstverständlich selbst bezahlen: »Die Einnahmen aus dem Ölgeschäft dienen dabei als Sicherheit für die Finanzierung.«³⁹ Anders gesagt, es wurde sichergestellt, dass die Öleinnahmen des Landes direkt in die Taschen deutscher Konzerne wandern.

Wird das Infrastrukturprojekt realisiert, hätte dies für die sudanesischen Regierung dramatische Auswirkungen: »Der Transport in die nordsudanesischen Hafenstadt Port Sudan entfiel, Khartoum verlöre jeden Einfluss auf das Öl und seine Erlöse.«⁴⁰ Hiermit wäre endgültig der Weg zur Spaltung des Landes geebnet. Interessant und aufschlussreich ist deshalb der Zeitplan, den Thormählen in seiner Presseerklärung bekannt gab: »Der erste Bauabschnitt schließt an die in Kenia vorhandene Meterspurbahn an und verbindet die Städte Rongai (nordwestlich von Nairobi) mit Juba im Süd Sudan. Es ist geplant, dass zumindest diese Teilstrecke von ca. 1.000 km bis zum Referendum, das in sechs Jahren im Sudan stattfinden soll, in Betrieb gehen kann.«⁴¹ Damit wäre der Abtransport des Öls zum indischen Ozean genau zu dem Zeitpunkt sichergestellt, an dem davon ausgegangen wird, dass sich der Südsudan vom Norden abspalten



wird – aktive Sezessionshilfe könnte man dies wohl nennen.

Damit sich die gigantischen Profitinteressen der deutschen Wirtschaft tatsächlich realisieren lassen, ist die Beilegung des Bürgerkriegs eine notwendige Bedingung: »Wir können erst anfangen, wenn sich die politische Lage dort bessert«, wurde ein Thor-mählen-Mitarbeiter vor Abschluss des »Friedensvertrages« zitiert.⁴² Genau an diesem Punkt beißt sich die Katze in den Schwanz, da dieser »Friedensprozess« gleichzeitig die Bedingungen für eine Teilung des Landes schaffen musste. Es ist mehr als unwahrscheinlich, dass Khartum dieser Entwicklung tatenlos zusehen wird, denn der unfruchtbare Norden wäre seiner wichtigsten Einkommens- und damit Überlebensquelle beraubt.

Von Überlegungen, dem Norden über einen wie auch immer gearteten Interessensausgleich zwischen den Konfliktparteien eine Überlebensperspektive zu bieten, war bislang nirgendwo etwas zu lesen. Spätestens wenn sich also eine Abspaltung des Südens konkretisiert, dürfte sich Khartum gezwungen sehen, mit einer Wiederaufnahme des Bürgerkrieges zu reagieren.⁴³

Einseitigkeiten in Darfur

In der Tat wird die unbestreitbare Involvierung Khartums in die grausamen Vorgänge in Darfur von Beobachtern auch als Warnschuss an den Süden gewertet: »In Sorge um das eigene Überleben könnte Sudans regierendes Regime schlicht eine Nachricht übermitteln – dass Rebellion Gräueltaten nach sich zieht.«⁴⁴

Obwohl also Khartum eine erhebliche Schuld am Drama in Darfur zukommt, ist die Realität vor Ort deutlich komplizierter, als dies von deutschen Politikern und Medien, mit ihrer ausschließlichen Verurteilung der sudanesischen Regierung, dargestellt wird. So betont der UN-Koordinator für Nothilfe in

Krisengebieten, Jan Egeland, die Übergriffe in Darfur seien »nicht nur die Schuld der Regierung. Es gibt dort viele Milizen und andere Kräfte«. Weiter gibt der UN-Mitarbeiter an, alle Bürgerkriegsparteien seien an der Eskalation beteiligt: »Die so genannten Janjawid-Milizen, organisierte Kriminelle, zu viele Arbeitslose mit zu vielen Gewehren, Regierungstruppen und mit Bestimmtheit auch Streitkräfte der Aufständischen.« Dies wird auch von amnesty international bestätigt: »Es gibt Berichte über Missbrauch und Folter, einschließlich Vergewaltigung durch Mitglieder der SLA (Sudan Liberation Army) und der JEM (Justice and Equality Movement)«, die beide Rebellenorganisationen sind.⁴⁵ An solch einem differenzierteren Bild aber scheinen Politik und Medien nicht interessiert zu sein.

So ist ein Großteil der Berichterstattung auch als Vorgriff auf einen, im Falle einer neuerlichen Eskalation des Bürgerkrieges notwendigen, »humanitären Friedenseinsatz« durch die interessierten Mächte zu werten. Es wird ein »Stimmungsteppich für westliches Eingreifen ausgebreitet – nützlich für den Fall, dass die Transporttrasse nach Kenia nicht ungestört gebaut werden kann.«⁴⁶ Zur Vorbeugung und gegebenenfalls schnellen Durchführung genau dieses Szenarios sind Deutschland und die EU bereits heute im Sudan militärisch präsent.

Militärischer Investitionsschutz

Die Bedeutung, die die EU dem Sudan beimisst, wurde mit der Ernennung eines Sonderbeauftragten, Pekka Haavisto, unterstrichen. Seit Januar 2004 wird zudem die African Mission in Sudan II (AMIS II) der AU zur Überwachung des »Friedensabkommens« von europäischer Seite logistisch und finanziell unterstützt. Die Gelder hierfür stammen primär aus der African Peace Facility, die bislang 89,2 Mio. € hierfür aufbrachte. Weitere 70 Mio. € sind bereits beantragt, was einer skandalösen Zweckentfremdung von Entwicklungshilfegeldern gleichkommt (bilateral wurden zusätzlich etwa 30 Mio. € gewährt).⁴⁷ Zudem beschloss der Bundestag am 22. April 2005 die Entsendung von bis zu 75 Soldaten in den Südsudan, die Teil der UN-Mission im Sudan (UNMIS) sind. Diese basiert auf der UN-Sicherheitsratsresolution 1590 vom 24. März 2005 und hat ein so genanntes robustes Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta, was die Lizenz zur Anwendung militärischer Gewalt einschließt.

Offensichtlich sollen diese Truppen die gewünschte Stabilität gewährleisten, bis alle Voraussetzungen zur Abspaltung des Südsudan erfüllt sind. Anders ist jedenfalls Ex-Verteidigungsminister Peter Strucks Aussage, man richte sich auf eine Mandatszeit von »bis zu sechs Jahren« ein, kaum zu deuten.⁴⁸ Vor die-

sem Hintergrund liest sich der Antrag der Bundesregierung an das Parlament wie eine Drohung: »Ohne internationale Unterstützung besteht die Gefahr, dass die Regelungen des am 9. Januar 2005 geschlossenen Friedensvertrages zwischen Nord und Süd nicht eingehalten werden und es zu einem erneuten Ausbruch von Kampfhandlungen kommt.«⁴⁹

6. Fazit: No Justice – No Peace!

Die Militarisierung weiter Teile Afrikas ist das Ergebnis sich beständig wiederholender Interventionen, anhaltender Ausbeutung und von Waffenexporten der Großmächte. Die der Welthandelsordnung eingeschriebene Verschärfung von Ungleichheiten lässt den Kontinent verarmen und schafft so die Grundlage ausufernder Gewalt. Der Fall Kongo belegt dies eindeutig. Anstatt ständig den Aufbau korrupter Regime und neuer Milizen aus Steuergeldern zu finanzieren und die hier ansässigen Firmen ihr blutiges Geschäft mit Waffen und Rohstoffen weiterführen zu lassen, müssen diese Geschäfte offen gelegt und verhindert werden. Dies ist von den Regierungen offensichtlich nicht zu erwarten, weshalb andere gesellschaftliche Akteure Druck auf die betreffenden Unternehmen ausüben und insgesamt auf eine gerechtere Welthandelsordnung hinarbeiten müssen. Keinesfalls dürfen wir uns von der bizarren Logik einlullen lassen, dass die hohe Militarisierung dieser Regionen nur durch weitere Marktliberalisierungen und neue militärische Missionen unter Kontrolle zu bekommen wäre, bzw. zivile Krisenbearbeitung nur unter militärischem Schutz möglich wäre.

Natürlich hat jeder Konflikt auch spezifisch regionale Ursachen. Im Falle des Sudan spielen materielle Konflikte um Wasser und Land, wie auch Rivalitäten der lokalen Eliten eine wichtige Rolle.⁵⁰ Die Chancen für eine friedliche Beilegung sinken aber erheblich, wenn weite Teile der Bevölkerung auch aufgrund gezielter westlicher Ausbeutungspolitik extrem verarmt sind. Gerade in diesem Kontext ist der Sudan tatsächlich auf tragische Weise prototypisch. In den 1980er Jahren übernahm das bettelarme Land, um Kredite zu bekommen, die Vorgaben von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank, was zu den allseits bekannten Resultaten führte: »Die Politik von IWF und Weltbank hat die Armut und soziale Spaltung des Landes weiter vorangetrieben.«⁵¹

Die militärische Stabilisierung so genannter fehlgeschlagener Staaten wie der Sudan, die von westlicher Ausbeutungspolitik immer weiter in Armut und Konflikte gestürzt werden, ist essenziell, um deutsche Handelsinteressen zu wahren, wie der Spiegel unmissverständlich formuliert: »Solche Geschäfte brau-

chen stabile politische Rahmenbedingungen. Joschka Fischers klare Ansage, man könne Darfur ›nicht sich selbst überlassen‹, ist deshalb keine Phrase, sondern ein Programm. Ausufernde Unruhen und eine Regierung, die ihren eigenen Staat nicht im Griff hat, sind Gift für profitablen Handel.«⁵² Gegenüber den 8 Mrd. \$, die die deutschen Großkonzerne einfahren werden, sind die Kosten für die westlichen Militäreinsätze vergleichsweise gering und werden zudem von der Allgemeinheit getragen. Allerdings könnte man doch so ehrlich sein und – wie in Afrika ja leider nicht unüblich – gleich eine Söldnertruppe zum Schutz der Konzerninteressen engagieren, denn um nichts anders handelt es sich hierbei.

Anmerkungen

¹ Torry, Peter: Europa steht in der Pflicht, Handelsblatt, 18.1.2005.

² Pflüger, Friedbert: Deutschlands Interessen in Afrika, in: Die Politische Meinung, 419/2004, S. 69-73, S. 71.

³ Nassauer, Otfried: Afrika – »Objekt der Begierde«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/2004.

⁴ Pflüger 2004, S. 70.

⁵ EU-Battlegroups: Futter, Geopowers.com, 25.2.2004.

⁶ Derzeit 77 Länder in Afrika (48), der Karibik (15) und dem Pazifik (14).

⁷ Wadle, Sebastian/Schukraft, Corina: Die Peace Facility for Africa – Europas Antwort auf die Krisen in Afrika?, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4/2005.

⁸ Gemeinsamer Standpunkt 2004/85/GASP des Rates im Hinblick auf die Vermeidung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten in Afrika, S. L21/27. Hervorhebung CM/JW.

⁹ Die Europäische Kommission diskutiert Afrika-Strategie mit afrikanischen Regionalorganisationen, IP/05/1201, Brüssel, 29.9.2005.

¹⁰ Sachs, Jeffrey (Project Director): Investing in Development. A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals, New York 2005.

¹¹ Commission of the European Communities: EU Strategy for Africa: Towards a Euro-African pact to accelerate Africa's development, Brüssel, 12.10.2005, S. 2.

¹² Ntambue, Raphael: Europas geschlossene Märkte, Le Monde, 16.6.2002: »Das Cotonou-Abkommen sieht bei Verstößen gegen die demokratischen Prinzipien vor, jede Hilfe auszusetzen. Nach welchen Regeln und Bewertungskriterien das stattfinden soll, ist nach wie vor ungeklärt. [...] Damit lässt sich bequem rechtfertigen, dass die EU-Hilfe künftig nicht mehr automatisch fließen soll, dass sie schärferen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen unterliegt und dass Finanzierungsbeihilfen bei Verstößen umgehend ausgesetzt werden.«

¹³ Studie belegt Armutsverschärfung durch Freihandel, ngo-online.de, 31.3.2004; Cotonou Working Group: Report of Seminar on the ACP-EU-Partnership Agreement, Brüssel, 20.10.2003.

¹⁴ Goldberg, Jörg: BMZ und Afrika: Profilbildung als Rolle rückwärts, Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, April 2006.

¹⁵ EU Strategy for Africa 2005, S. 21.

¹⁶ So bezeichnete sie die französische Außenministerin Michèle Alliot-Marie, vgl. Marischka, Christoph: »Kongo: Die unendliche Geschichte westlicher Ausbeutung«, in: AUSDRUCK – Das IMI-Magazin, Februar 2004.

¹⁷ Der Einsatzplan ist zu finden bei: Major Radner, Kurt: ARTEMIS – die EU-Mission im Kongo, in: Bundesministerium für Landesverteidigung: Zeitschrift Truppendienst, Ausgabe 1/2004.

¹⁸ Erklärung des Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates, Berlin, 18.9.2003.

¹⁹ Report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo (S/2002/1146), URL: <http://www.un.dk/doc/S20021146.pdf>.

²⁰ Johnson, Dominic: UNO wäscht weißer, in: taz, 29.10.2003.

²¹ Council Joint Action 2004/847/CFSP.

²² Pauwels, Natalie: EUPOL »Kinshasa«: testing EU co-ordination, coherence and commitment to Africa, in: European Security Review 25, März 2005.

²³ Special report of the Secretary-General on elections in the DRC, URL: http://www.monuc.org/downloads/Report_SG_drc_english.pdf.

²⁴ Council Joint Action 2005/355/CFSP.

²⁵ Marischka, Christoph/Obenland, Wolfgang: Friedliche Kriege – Auf dem Weg zum Weltpolizeistaat, isw-Spezial Nr. 19, November 2005.

²⁶ Dempsey, Judy: EU-led Forces »Could Intervene« in Sudan Conflict, Financial Times, 12.4.2004.

²⁷ Pabst, Martin: Der Sudan – Land der Gegensätze, in: Österreichische Militäri-

sche Zeitschrift, 1/2004, S. 13.

²⁸ Nassauer, Otfried: Das neue sicherheitspolitische Interesse an Afrika, in: Streitkräfte und Strategien, 21.8.2004, S. 3.

²⁹ Dixon, Norm: Crisis in Sudan, Counterpunch, 9.8.2004; Oberansmayr, Gerald: Sudan: Vor der nächsten Militärintervention, in: Guernica, 3/2004.

³⁰ Steinberg, Thomas Immanuel: Teilen und Vertreiben: Blut für Öl im Sudan, in: junge Welt, 16.8.2004.

³¹ Gertz, Bill: Chinese in Sudan. Notes from the Pentagon, URL: <http://www.gertzfile.com/gertzfile/ring030504.html> (eingesehen 17.9.2004).

³² Siehe die Beiträge in Tangredi, Sam (Hrsg.): Globalization and Maritime Power, National Defense University 2002.

³³ Thormählen Schweißtechnik AG, Bad Oldesloe: Pressemitteilung: Großauftrag in Afrika – Neubaustrecke Südsudan–Kenia–Uganda, URL: <http://www.thormaehlen-schweisstechnik.de/aktuell/5.out.htm> (eingesehen 2.8.2005).

³⁴ Sudan-Konferenz in Ahrensburg mit Siemens und Krupp, Hamburger Abendblatt, 17.2.2005.

³⁵ Afrika-Zug gibt Gas, Stormarmer Nachrichten, 11.5.2005.

³⁶ Afrika-Bahn kommt in Fahrt, Hamburger Abendblatt, 17.2.2005.

³⁷ Die Bahn zur Unabhängigkeit, Informationen zur deutschen Außenpolitik, 18.7. 2004.

³⁸ Afrika-Bahn kommt in Fahrt, Hamburger Abendblatt, 17.2.2005.

³⁹ Thormählen Schweißtechnik: Pressemitteilung.

⁴⁰ Informationen zur deutschen Außenpolitik, 18.7.2004.

⁴¹ Thormählen Schweißtechnik: Pressemitteilung.

⁴² Geschäfte im Krisengebiet, Deutsche Welle, 30.8.2004.

⁴³ Pabst 2004, S. 22.

⁴⁴ Kasfir, Nelson: Sudan's Darfur: Is It Genocide?, in: Current History, May 2005.

⁴⁵ Oberansmayr 2004.

⁴⁶ Steinberg 2004.

⁴⁷ EU Council Secretariat: Darfur – Consolidated package in support of AMIS II, Brüssel, Oktober 2005.

⁴⁸ Deutsche Soldaten bleiben sechs Jahre im Sudan, Interview mit Peter Struck, BZ, 6.3.2005.

⁴⁹ Kabinett beschließt Sudan-Mission, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin, 13.4.2005.

⁵⁰ Pabst 2004, S. 14.

⁵¹ Oberansmayr 2004.

⁵² Rüdiger Falksohn und Thilo Thilke: Tod im Geisterhaus, Spiegel Online, 1.8.2004.

Der Beitrag erschien in Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.), *Welt-Macht Europa, Auf dem Weg in weltweite Kriege*, VSA-Verlag Hamburg 2006 (S. 225-247).

Christoph Marischka ist Beirat der Informationsstelle Militarisierung und hat zuletzt die Studie »Friedliche Kriege? Auf dem Weg zum Weltpolizeistaat«, isw-Spezial Nr. 19 (Oktober 2005), veröffentlicht.

Jürgen Wagner ist Politikwissenschaftler, geschäftsführender Vorstand der Informationsstelle Militarisierung, Redaktionsmitglied von Wissenschaft und Frieden und u.a. Autor des Buches »Das ewige Imperium. Die US-Außenpolitik als Krisenfaktor«, Hamburg 2002.



**Informationsstelle
Militarisierung e.V.**

Diese Studie entstand im Rahmen des Projektes „Nein zu dieser EU-Verfassung! Ja zu fairer Entwicklungskooperation!“, das vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) großzügig unterstützt wird. Weitere Texte des Projektes finden sich unter www.imi-online.de/EU-Projekt/

Wir fordern:

**Soziale Sicherheit statt
militärische Großmachtpolitik!**